

Medienrhetorik

Stoppen – Auf den Punkt bringen

Die St. Galler Regierungsrätin und ehemalige Bundesratskandidatin Karin Keller-Sutter gilt in Ausländerfragen als Hardlinerin, aber auch als sehr kompetent. Die «Weltwoche» wirft ihr jetzt Begünstigung vor. Unser Medienanalyst Marcus Knill zeigt, wie sie in einem andern Zusammenhang geschickt Vorwürfe konterte.

Text: Marcus Knill* Bild: Keystone

In der «Samstagsrundschau» (Radio DRS 1) kritisierte die Präsidentin der Polizeidirektorenkonferenz, Karin Keller-Sutter, unsere Justizministerin. Sie beanstandete das Tun und Nichtstun der Justizministerin Simonetta Sommaruga bei den Problemen im Asylbereich. Sie warf ihr vor, dass bei den Dublin-Fällen der Bund nicht fristgemäss reagiere.

Interviewerin Géraldine Eicher hat das Recht, der Interviewten auf den Zahn zu fühlen und harte Fragen zu stellen, das gehört zu ihrem Job. Dies tat denn auch die Journalistin bei Karin Keller-Sutter in gekonnter Manier. Sie unterstellte der Regierungsrätin unter anderem, sie betreibe nur Wahlpropaganda und Aktionismus. Auszüge aus dem Interview veranschaulichen, wie gekonnt die Politikerin alle Vorwürfe konterte, die Antworten lenkte und dabei die Technik des Präzisierens geschickt nutzte, statt sich zu rechtfertigen.

Karin Keller-Sutter beantwortet im nachfolgenden Interview die Fragen von Géraldine Eicher zu den Problemen im Asylbereich.

AUSZUG AUS DEM INTERVIEW:

Journalistin (J): Welche der Asylsuchenden sind Ihnen am liebsten? Diejenigen aus Nigeria oder aus Tunesien?

Karin Keller-Sutter (K): Ich will das nicht an Nationalitäten festmachen, sondern ich formuliere es so:

Diejenigen sind willkommen, die tatsächlich nach dem Asylrecht der Schweiz das Recht haben, hier zu sein; die darlegen können, dass sie an Leib und Leben gefährdet sind. Das spricht für die humanitäre Tradition der Schweiz, dass wir solche Menschen aufnehmen und auch schützen – unabhängig davon, woher sie kommen.

ANALYSE:

Die Journalistin beginnt mit der geschickten Alternativfrage, ob die Politikerin die Asylanten aus Nigeria oder Tunesien bevorzuge. Anstatt auf die «Entweder-Oder»-Frage (die voraussetzt, dass ein Land bevorzugt wird) zu antworten, präzisiert Keller-Sutter Grundsätzliches und wiederholt kurz und klar, welche Kriterien erfüllt sein müssen, um als Asylant ein Aufenthaltsrecht zu bekommen.

SEQUENZ:

J: Sie hätten eigentlich diejenigen am liebsten, die gar nicht kommen!

K: Ja – das kann man so nicht sagen. Ich würde jetzt sagen, dass diejenigen, die kommen und da vielleicht straffällig werden in der Schweiz – oder nur aus wirtschaftlichen Gründen kommen, die fallen nicht unter das Asylrecht. Dort ist es die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass diese Personen wieder ausreisen. Es geht auch insgesamt um die Glaubwürdigkeit des Asylsystems Schweiz – um die Akzeptanz in der Bevölkerung für das Asylrecht und die humanitäre Tradition. Dies geht natürlich nur

dann, wenn es glaubwürdig ist. Wenn man wirklich sagen kann: Ja, die Menschen, die bei uns sind, die haben wirklich Fluchtgründe. Und diese Menschen müssen wir schützen.

ANALYSE:

Die Regierungsrätin reagiert geschickt. Sie geht auch auf diese Unterstellung nicht ein. Sie stoppt den Vorwurf, man wünsche eigentlich gar keine Asylanten, indem sie sich auf die Fakten beschränkt (Sachebene und Fluchtgründe auf den Punkt bringt, die akzeptiert werden müssen. Die meisten Interviewten verneinen einen Vorwurf des Interviewers. Sie wiederholen ihn unnötigerweise und negieren ihn mit einem vorgelagerten «NICHT» (beispielsweise: Ich habe NICHT diejenigen am liebsten, die gar nicht kommen). Nicht wissend, dass dadurch die Anschuldigung wiederholt, der Vorwurf zementiert wird. Aus der Wahrnehmungspsychologie ist bekannt: Unser Gehirn blendet das «NICHT» aus.

Das anfängliche «Ja» bei dieser Antwort ist überflüssig. Obwohl Keller-Sutter die Aussage nicht bejaht, könnte es doch als Bejahung der Unterstellung interpretiert werden.

SEQUENZ:

J: Sie haben die Finger auf mögliche Problemstellen im Asylbereich gehalten. Und dort stehen die Leute aus Nordafrika im Vordergrund. Überzeichnen Sie nicht das Problem aus Nordafrika?

* Marcus Knill (www.knill.com) ist Experte für Medienrhetorik.

Er ist auch Autor des bekannten virtuellen Buches www.rhetorik.ch.

K: Es geht nicht einfach um das Problem Nordafrika. Sondern: Die Kantone haben eigentlich etwa anderes beklagt. Nämlich die Tatsache, dass jetzt der Aufenthalt jener Personen in den Empfangsstellen des Bundes immer kürzer wird. Man hatte eigentlich gegenüber den Kantonen vom Bund versprochen, dass sie bis 90 Tage in den Empfangsstellen des Bundes bleiben und das sogenannte Dublin-Verfahren auch dort abgewickelt werden könne und die Personen von dort aus weggewiesen werden könnten. Die Realität ist heute eine andere:

Nach 18 Tagen verteilt der Bund die Personen auf die Kantone. Jetzt gerade bei den Tunesiern hat es sehr viele, die von Italien eingereist sind – also entweder einen Nicht-eintretensentscheid bekommen, weil sie aus einem sicheren Drittstaat kommen, oder weil Italien bereits ein Verfahren geführt hat (gemäss Dublin-Abkommen). Personen, die eigentlich das System ein wenig blockieren und strapazieren und eigentlich weggewiesen werden müssten.

ANALYSE:

Wieder wird der Vorwurf «Überzeichnet» nicht wiederholt. Das ist professionell. In der Antwort präzisiert Karin Keller-Sutter, um was es geht. Ihr Argument überzeugt, es hat lediglich zu viele Weichspüler (eigentlich – vier Mal, und ein wenig). Vielleicht will die Politikerin die harte Forderung damit etwas abfedern. In einem Coaching würde ich die Politikerin darauf aufmerksam machen, ihre Gedanken nicht so oft mit «und» zu koppeln. In der Umgangssprache gilt das Prinzip: Gedankensequenz, Gedankensequenz – neuer Gedankenbogen – Hauptsätze – Hauptsätze...!

SEQUENZ:

J: Es wird Ihnen Alarmismus vorgeworfen.

K: Wir kritisieren, weil man seit Jahren den Kantonen verspricht, die Situation verbessere sich. Man stellt uns in Aussicht, dass die Personen bis 90 Tage in den Empfangsstellen behalten werden. Man hat klar versprochen, dass die Dublin-Fälle nicht auf die Kantone verteilt werden. Das wurde auch bei der Abstimmung gesagt. Die Problematik, die sich stellt, ist: Wir sehen, von dem wird nichts umgesetzt. Jetzt kommen wir in eine Situation, die sich zuspitzt. Es kommen schwierigere Leute. Wer sagt, diese Situation sei normal, muss bedenken: Für ein Dublin-Verfahren



Polit-Star Karin Keller-Sutter: Kontern auf Vorwürfe.

brauchen wir fünf bis sechs Monate und für ein ordentliches Verfahren vier Jahre.

ANALYSE:

Der Vorwurf wird mit Fakten, Zahlen und dem Vorwurf nicht eingehaltener Versprechen entkräftet und ist damit vom Tisch.

SEQUENZ:

J: Sie halten den Finger auf etwas, was bekannt ist. Der Alarmismus hat Ihnen den Vorwurf eingebracht, Sie würden dies aus reinem Populismus tun. Dies sei purer Wahlkampf, weil Sie für den Ständerat in Ihrem Kanton kandidieren.

K: Also zum einen ist es so: Zu den Beschleunigungsmassnahmen, die der Bund in Aussicht gestellt hat: Da hat Bundesrätin Som-

maruga gesagt, die normalen Verfahren würden in fünf Jahren umgesetzt. Gut – das nehmen wir zur Kenntnis. Fünf Jahre sind eine lange Zeit. Doch bei den Dublin-Verfahren haben wir diese Zeit nicht. Da sind wir der Meinung, da könnte man sofort mit organisatorischen Massnahmen – ohne Gesetzesänderung – eingreifen.

Zur anderen Frage: Es ist so, ich bin Kandidatin für den Ständerat, das ist hinlänglich bekannt. Ich bin aber primär Sicherheits- und Justizdirektorin in meinem Kanton und ich habe eine Verantwortung, und ich kann die Arbeit nicht einfach niederlegen bis Ende Oktober, bis die Wahlen vorbei sind.

Im Übrigen: Paul Rechsteiner, als Präsident des Gewerkschaftsbundes, oder Toni Brunner, als Präsident der Schweizerischen Volkspartei,

sie machen ihre Aufgaben alle auch weiterhin, obwohl sie für ein Amt kandidieren.

ANALYSE:

Die Journalistin festigt wieder den Vorwurf des Alarmismus. Bei der letzten Frage war es nur ein Vorwurf. Jetzt formulierte sie den negativen Begriff als Tatsache. Und setzt mit einem zweiten Vorwurf nach: Die geäußerte Kritik diene vor allem als Eigenwerbung für die Ständeratswahl.

Keller-Sutter antwortet strukturiert:

1. Beim Vorwurf «Alarmismus» untermauert sie die Fakten – auch mit der heutigen Haltung der zuständigen Bundesrätin.

2. Beim Vorwurf «Wahlkampf» steht die Politikerin zur Kandidatur. Dann überzeugt sie mit den Beispielen Rechsteiner (SP) und Brunner (SVP). Es leuchtet ein, dass ein Kandidat seinen Job nicht wegen einer bevorstehenden Wahl «einfrieren» muss.

KOMMENTAR:

In einer Analyse vom November 2004 («persönlich») listete ich in einer «Club»-Sendung


unterschiedliche Marotten der Teilnehmer auf. Damals begann Karin Keller-Sutter die meisten Antworten mit «Ich denke ...».

Im «Zischtingsclub» vom 28. September wurde das Thema Raser diskutiert. In der Diskussionsrunde waren nebst Karin Keller-Sutter, Regierungsrätin FDP/SG auch Jacqueline Bächli-Bietry – Psychologin und Präsidentin der Vereinigung Verkehrspsychologie – vertreten. Beide fielen auf, weil sie die meisten Antworten mit der Floskel «Ich denke ...» einleiteten.

Die heutige Analyse zeigt, dass die Regierungsrätin ihre Marotte ausgemerzt hat und zwischenzeitlich die kommunikative Kompetenz enorm verbessern konnte. Ich habe auch andere Interviews von ihr (*Sonntags-Blick*) begutachtet und dabei festgestellt, dass sie heute medienrhetorisch sehr gut abschneidet. Sie stoppt die Vorwürfe mit einem kurzen «Nein» oder «Das sehe ich nicht so», um nachher sofort in der Antwort auf den Punkt zu kommen. Vielleicht hat Karin Keller-Sutter einen guten Berater, einen modernen Hofnarren, oder ist recht selbstkritisch.

Viele Politiker merken nicht, dass sich beim Reden immer wieder Marotten einschleichen können. Deshalb sollten sie sich ständig neu kritisch beurteilen lassen. Wer nach Auftritten nicht an sich arbeitet, wird zwangsläufig stehen bleiben oder schlechter werden.

FAZIT:

Auch bei der Medienrhetorik gilt: Ohne Fleiss kein Preis. Ich sehe diese sehr positive Entwicklung von Regierungsrätin Keller-Sutter vor allem als Früchte eines guten Verbesserungsmanagements und kann all jenen Politikern, deren Redekunst leider noch sehr zu wünschen übrig lässt, nur empfehlen, auch ständig an sich zu arbeiten. 

ANZEIGE

1/2 Inserat quer links